

Menschenrecht!", auch dafür gesorgt hat, dass die Kommission ihre Position geändert hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Der nächste Redner ist Herr Vizepräsident Rinderspacher. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Bei der vergangenen Wahlkampagne zum Europaparlament haben nahezu alle Parteien dafür geworben, Europa müsse sich stärker demokratisieren und parlamentarisieren und es müsse mehr Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten geben. Eine konkrete Bürgerbeteiligungsmöglichkeit auf der europäischen Ebene gibt es bereits seit 2012: die sogenannte Europäische Bürgerinitiative. Wie funktioniert sie? – Eine Million Unterschriften müssen für ein bestimmtes Thema gesammelt werden, und mindestens sieben Länder müssen sich daran beteiligen. Ist diese Unterschriftensammlung erfolgreich, muss sich die Europäische Kommission mit diesem Thema auseinandersetzen. Die Organisatoren der Unterschriftensammlung setzen sich mindestens einmal mit der Kommission zusammen, und es gibt auch ein entsprechendes Hearing im Europäischen Parlament.

Es handelt sich nicht um ein Volksbegehren. Es handelt sich nicht um eine Petition. Das Ganze erwirkt nicht sofortige Rechtskraft, wie das beispielsweise bei einem Volksbegehren bei uns in Bayern sehr schnell durchaus der Fall sein kann, sondern die Bürgerinnen und Bürger setzen lediglich ein Thema. So weit, so gut.

Ist das eine erfolgreiche Sache, ja oder nein? – Darüber gehen die Meinungen zwischen FREIEN WÄHLERN und AfD offensichtlich auseinander. Es hat fast sechzig solcher Initiativen gegeben. Tatsächlich waren nur vier erfolgreich. Erfolgreich waren sie in dem Sinne, dass eine Million Unterschriften gesammelt wurden. Aber in den letzten siebeneinhalb Jahren wurde keine einzige Bürgerinitiative auf der europäischen Ebene von der Europäischen Kommission zu einem Gesetz entwickelt, null, niente.

Das haben nun nicht die JuLis oder die Jusos oder die Jugendorganisation der GRÜNEN zum Thema gemacht, sondern die konservative Kommission unter dem konservativen Politiker Jean-Claude Juncker hat sich die Frage gestellt: Wie können wir das eigentlich attraktiver machen, sodass Bürgerbeteiligung mehr Durchschlagskraft auf der europäischen Ebene entwickelt? Eine konservative Kommission in Europa! Eine Idee von vielen war: Wir senken das Alter für eine Beteiligungsmöglichkeit von 18 auf 16 Jahre ab. Ich halte das wie meine Partei für attraktiv; denn viele junge Bürgerinnen und Bürger in Europa bekennen sich zur europäischen Idee und wollen sich entsprechend in die Politik einbringen.

(Beifall bei der SPD)

In keiner Altersgruppe ist die Zustimmung zur Europäischen Union so groß wie bei den 15- bis 24-Jährigen. Wir sind davon überzeugt: Das Recht zur Mitwirkung an der Europäischen Bürgerinitiative kann zu einem verstärkten Interesse an europäischer Politik wie auch an Wahlen zum Europäischen Parlament führen. Politisches Interesse führt zu stärkerer politischer Beteiligung. Der Zusammenhang gilt aber auch umgekehrt: Das Recht auf Beteiligung erzeugt politisches Interesse. Mehr noch: Wer sich einmal politisch beteiligt hat, bei dem wächst die Wahrscheinlichkeit, sich auch ein weiteres Mal einzubringen.

Es gibt weitere Vorteile. Die Möglichkeit zur Beteiligung macht aus unbeteiligten Beobachtern betroffene Mitmacher, und das eigene Mitwirken erzeugt und fördert

wiederum das eigene Interesse und Engagement. Wir teilen nicht die Sorge der konservativen Parteien hier im Hohen Hause, dass damit sofort die europäische Gesetzgebung in einer Art und Weise in eine Schiefelage geraten würde, dass plötzlich die Jugend auf dem europäischen Kontinent den älteren Herrschaften die Machtinstrumente aus der Hand nehmen würde. Davon kann doch nun wirklich keine Rede sein. Noch mal: kein Volksbegehren, keine Petition, sondern die Möglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger, ein Thema zu setzen, eine höfliche Bitte mit einer Unterschriftensammlung an die Kommission: Setzt euch mit diesem Thema auseinander. Was die Kommission und das Parlament daraus machen, ist dann die Sache derer, die demokratisch legitimiert sind.

Also gibt es eigentlich keine hohe Hürde. Wir sollten es deshalb unserer Jugend ermöglichen, solche Unterschriftensammlungen zu initiieren. Das wäre jetzt das richtige Instrument, die europäische Bürgerbeteiligung attraktiver zu gestalten.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich bei Herrn Vizepräsidenten Rinderspacher und rufe Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion auf. Bitte schön, Frau Sandt, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Vor wenigen Tagen ist die Shell Jugendstudie erschienen. Sie attestiert jungen Menschen drei erstaunliche Gemeinsamkeiten. "Erstaunlich" sind sie, weil sie quer durch alle Schichten gehen, für Männer wie für Frauen sowie für Ost und West gelten. Diese Gemeinsamkeiten bestehen in einer zunehmenden Sorge um die Zukunft, in einem starken Sinn für Gerechtigkeit und in einem wachsenden Drang, sich für ihre Belange aktiv einzubringen. Ja, die jungen Menschen bewerten die EU mittlerweile als Chance und nicht mehr als Risiko. Sie verbinden mit der EU die Freizügigkeit zu reisen, zu studieren, zu leben und sich niederzulassen. Mit der EU verbinden sie kulturelle Vielfalt, wirtschaftlichen Wohlstand, Freiheit und Demokratie. Ich zitiere die folgenden Sätze aus der Studie, weil sie wirklich krass sind:

Nicht zu übersehen ist allerdings die Affinität einiger Jugendlicher zu populistischen Positionen. Die Kritik, die viele dieser Heranwachsenden dabei zugleich am sogenannten Establishment in Politik und Gesellschaft üben, ist auch davon beeinflusst, dass sich junge Menschen generell nicht hinreichend gefragt und einbezogen fühlen.

Nach der Thüringen-Wahl gab es bei vielen Journalisten und Politikern ein großes Rätselraten darüber, weshalb Menschen zum Populismus tendieren. Das hat sehr viel damit zu tun, ob sich Menschen einbezogen und gefragt fühlen. Das ist doch sehr aussagekräftig. Wer Menschen, die sich einbringen wollen, ausgrenzt und davon abhält, sich einzubringen, indem er ihnen dieses Recht verwehrt, der verspielt zwei ganz entscheidende Punkte, die maßgeblich für die Zukunft unserer Gesellschaft sind. Das sind erstens die Akzeptanz der Europäischen Union und zweitens das Vertrauen junger Menschen in die Demokratie. Das ist auch das Vertrauen in uns, in Sie alle, die Sie hier sitzen und gleich abstimmen werden.

Die Jugend weiß sehr wohl, dass sie entweder von unseren Entscheidungen profitieren kann oder sie später ausbaden muss. Wir haben gehört, was 14-Jährige alles dürfen und 16-Jährige erst recht. 16-Jährige dürfen sogar eine Partei gründen. Die Zukunft der Europäischen Union und des europäischen Lebensgefühls hängt doch von der jungen Generation ab. Die neue Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Europäische Bürgerinitiative legt den Mitgliedstaaten nahe, eine Festlegung des Mindestalters auf 16 Jahre in Betracht zu ziehen. Der Juraprofessor und Wahlrechtsexperte Hermann Heußner hat in Bezug auf die Europawahl ein Gutachten verfasst, aus dem hervorgeht, dass es verfassungs-

Erster Vizepräsident Karl Freller: Bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Herr Vizepräsident Rinderspacher hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Vizepräsident Rinderspacher, Sie haben das Wort.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrter Herr Staatsminister, wenn man Sie hört, könnte man den Eindruck gewinnen, dass die Konservativen Bayerns den Konservativen in Europa hinterherhinken. Die konservativ dominierte Kommission unter Jean-Claude Juncker hat vorgeschlagen, das Alter von 18 auf 16 abzusenken. Das waren nicht die Jugendorganisationen der GRÜNEN, der SPD oder der FDP, sondern es war eine konservative europäische Regierung. Es wundert mich, dass die konservative bayerische Regierung dem Anliegen, eine Unterschriftensammlung von 16-Jährigen zu ermöglichen, nicht einfach stattgeben möchte.

Deshalb frage ich Sie, Herr Staatsminister: Nehmen wir einmal an, es würden 5.000 16-Jährige in Bayern eine Unterschriftensammlung für ein Thema durchführen. Ich nehme an, Sie würden die Jugendlichen zu sich ins Ministerium einladen und über das Thema reden. Darum geht es bei der Europäischen Bürgerinitiative. Dieses Recht wollen Sie allerdings den 16- und 17-Jährigen verweigern, obwohl Sie – das nehme ich an – wie selbstverständlich den Dialog in Bayern pflegen würden. Warum soll er dann auf europäischer Ebene nicht möglich sein?

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke. – Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Hans Reichhart (Wohnen, Bau und Verkehr): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Sie liegen richtig. Wenn Jugendliche oder Menschen jeder Altersgruppe zu uns kommen und ein Anliegen vorbringen, ist die gesamte Bayerische Staatsregierung offen dafür. Wir verschließen uns keinem Gespräch. Demokratie lebt davon, Argumente auszutauschen und um richtige Lösungen zu ringen. Ich sage: Ja, ich nehme auf, was mir andere mitgeben.

Eine Unterschriftensammlung ist bereits mit 12 oder 13 Jahren auf europäischer Ebene ohne Weiteres möglich. Der Unterschied zwischen einer Unterschriftensammlung und dem Vorschlag im Antrag ist jedoch, dass Sie unmittelbar zu einem Rechtssetzungsakt überleiten wollen. Sie sagen, daraus sollte unmittelbar etwas folgen. Eine Unterschriftensammlung ist etwas anderes. Jugendliche mit 12, 16 und 17 Jahren können selbstverständlich auf europäischer Ebene Unterschriften sammeln. Selbstverständlich können sie ihre Unterschriften auch in Brüssel einem Europaabgeordneten übergeben. Das steht ihnen weitgehend offen. Wenn man unsere Europaabgeordneten kennt, weiß man, dass man dort überall offene Türen einrennt.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Damit ist die Diskussion dieses Tagesordnungspunktes beendet. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die GRÜNEN, die SPD und Teile der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU, die AfD, Teile der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Swoboda. Herr Plank ist nicht da. Meine sehr geehrten Damen und Herren, damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe die **Tagesordnungspunkte 6 bis 10** auf: